

Herbert Klemisch / Moritz Boddenberg

Energiegenossenschaften und Nachhaltigkeit

Aktuelle Tendenzen und soziologische Überlegungen

Zusammenfassung: Das sozialwissenschaftliche Verständnis des gesellschaftlichen Leitbilds der Nachhaltigkeit betont zunehmend dessen transformatives Potenzial. Während sich aktuelle Perspektiven in erster Linie auf gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse konzentrieren, versucht dieser Beitrag die Nachhaltigkeitsdiskussion mit der feststellbaren Renaissance der Organisationsform Genossenschaft zu verknüpfen. Ausgehend von soziologischen Überlegungen Max Webers und Robert Hettlages wird hierbei das Demokratiepotezial von Energiegenossenschaften herausgearbeitet und in den Nachhaltigkeitsdiskurs eingeordnet. Dabei zeigt sich, dass die neugegründeten Energiegenossenschaften in der Ausgestaltung als Prosumenten-Organisationen eine zentrale Rolle in einer partizipativ ausgerichteten Energiewende spielen können.

Abstract: The scientific sociological understanding of the cultural role model emphasises more and more its potential of transformation. Whereas current perspectives focus primarily on transformation processes related to the society as a whole, this contribution seeks to connect the debate on sustainability with the ascertainable revival of the co-operative organisation model. Based on the sociological idea of Max Weber and Robert Hettlage the democratic potential of energy co-operatives is worked out and then incorporated into the debate on sustainability. As becomes evident, the newly founded energy co-operatives set up as “prosumer”-organisations may play a key role in an energy transition which is based on participatory principles.

Autoren:

Dr. Herbert Klemisch, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler; Projektleiter im Wissenschaftsladen Bonn, Arbeitsbereich Erneuerbare Energien und Genossenschaften; Projektentwickler für Energiegenossenschaften, Mitglied im Forschungsnetzwerk Energiegenossenschaften.

herbert.klemisch@wilabonn.de

Moritz Boddenberg, M.A., Soziologe; Projektmitarbeiter im Wissenschaftsladen Bonn, Arbeitsbereich Erneuerbare Energien und Genossenschaften; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Gesellschaftsanalyse und Sozialer Wandel am Institut für Soziologie der Universität Hamburg.

moritz.boddenberg@wilabonn.de

Soziologie und Nachhaltigkeit
Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung

Ausgabe 6/2016, 2. Jahrgang

ISSN 2364-1282



Creative Commons-Lizenz

Herausgeber: Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Dieter Hoffmeister, Björn Wendt

Redaktion: Niklas Haarbusch

Layout/ Satz: Frank Osterloh

Anschrift: WWU Münster, Institut für Soziologie
Scharnhorststraße 121, 48151 Münster
Telefon: (0251) 83-25303
E-Mail: sun.redaktion@wwu.de
Website: www.ifs.wwu.de/sun



Einleitung

Ob als normative Zielvorgabe in der Diskussion über die Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Gesellschaft, als sozial-ökologisch motiviertes Forschungsprogramm zu den Grenzen des ökonomischen Wachstums oder als gewinnorientierte Unternehmensstrategie kapitalistisch orientierter Unternehmen – Nachhaltigkeit ist längst zu einem vielfältig einsetzbaren gesellschaftlichen Leitbild arriviert, das je nach Interessenpräferenz, Intention und Sinnzusammenhang auf ganz unterschiedliche Weise gedeutet und eingesetzt werden kann. In der sozialtheoretischen Forschung weist der Diskurs um das gesellschaftliche Verständnis von Nachhaltigkeit dabei eine theoretische Unschärfe auf, die häufig der Dominanz anderer Wissenschaftsdisziplinen geschuldet ist. So dominieren naturwissenschaftliche und ökonomische Deutungsmuster von Nachhaltigkeit, während sich die Soziologie mit der Bildung einer sozialtheoretisch gehaltvollen Einordnung des Begriffes bisher vornehm zurückhielt (vgl. Görjen/Wendt 2015).

Im folgenden Beitrag möchten wir diesem Desiderat begegnen, indem wir die Diskussion um Nachhaltigkeit mit einem weiteren „Stiefkind der soziologischen Forschung“ (Fürstenberg 1968: 9) verbinden. Die Rede ist von der Organisationsform der Genossenschaft, die auf den Prinzipien von Solidarität, Demokratie, Identität und Mitgliederförderung basiert (vgl. Klemisch/Boddenberg 2012: 571f.). Werden Genossenschaften in der Literatur häufig aus einer juristischen oder aus einer ökonomischen Perspektive betrachtet, so bleibt eine spezifisch soziologische Perspektive auf die Wirksamkeit genossenschaftlicher Prinzipien zumeist unterbelichtet. Dabei erlebt die Rechtsform der Genossenschaft zurzeit eine kleine Renaissance, die eine intensivere sozialwissenschaftliche Betrachtungsweise als lohnenswert erscheinen lässt. Vermehrt entwickeln sich Diskussionen um gesellschaftliche Konzepte,

die auf die sozialen und ökologischen Herausforderungen der modernen Gesellschaften mit alternativen Geschäfts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen zu reagieren versuchen. Gemeint sind beispielsweise die Diskussionen um die Bedingungen einer „Postwachstumsgesellschaft“ (vgl. z.B. Paech 2012) oder die Grundlagen der „Gemeinwohlökonomie“ (vgl. Felber 2012), die die derzeitige Wirtschaftsweise und Gesellschaftsordnung in Frage stellen. Auch Genossenschaften lassen sich zum Teil als Akteure einer solidarischen Ökonomie verorten (vgl. Kerber-Clasen 2012: 83), subsumiert diese doch eine Form des Wirtschaftens, die auf freiwilliger Kooperation, demokratischer Selbstorganisation und einem spezifischen Solidaritätsbewusstsein basiert und starres Konkurrenzbewusstsein ablehnt (vgl. Giegold/Embshoff 2008: 12).

Eine besondere Bedeutung für die derzeitige Entwicklung im Genossenschaftswesen wird in diesem Zusammenhang den neu entstandenen Energiegenossenschaften zugeschrieben, in denen sich Bürger*innen gemeinsam um die Produktion und Distribution sauberer Energie bemühen (vgl. Elsen 2014: 45f.; Klemisch 2014: 153f.). Nicht nur der ökologische Anspruch, sondern auch die demokratisch ausgerichtete Handlungslogik, legt eine Einordnung von Energiegenossenschaften in den Nachhaltigkeitsdiskurs nahe, die ihre zentrale Rolle im Rahmen der Energiewende und ihr transformatives Potenzial für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse betonen und damit zu Kernakteuren der Energiewende geworden sind.

Die Verknüpfung des Nachhaltigkeitsdiskurses mit der Entwicklung der Energiegenossenschaften möchten wir wie folgt entwickeln: In einem ersten Schritt schlagen wir vor, die soziologische Perspektive auf die Organisationsform Genossenschaft entlang eines Ansatzes von Robert Hettlage zu revitalisieren, um das demokratische Potenzial von Genossenschaften zu untersuchen (Hettlage 1979). Dies bietet die Grundlage

dafür, die genossenschaftswissenschaftliche Forschung in einem zweiten Schritt in einen Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsdebatte zu stellen, in dem das transformative Potenzial von Genossenschaften als partizipativ ausgerichtete Organisationsform herausgearbeitet wird. Im Weiteren konzentrieren wir uns dann auf die Rolle von Energiegenossenschaften als eine mögliche Antwort auf die antagonistische Gegenüberstellung der kapitalistischen Wirtschaftsform und der demokratischen dezentralen Gestaltung der Energiewende. Dazu werden wir zunächst die Tätigkeitsfelder und das Gründungsgeschehen von Energiegenossenschaften beleuchten, um anschließend das Demokratie- und Partizipationspotenzial von Energiegenossenschaften anhand unterschiedlicher Umsetzungsstrategien exemplarisch zu betrachten. Die dargestellten Beobachtungen werden im Anschluss in einen theoretischen Zusammenhang mit genossenschaftlichen Prosumeransätzen gebracht, die auf die Identität von Produzent*innen und Konsument*innen abzielen. Abschließend versuchen wir Energiegenossenschaften innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses zu verorten.

1. Ansatzpunkte einer Soziologie der Genossenschaften

Das Wesensmerkmal einer Genossenschaft besteht in der Umsetzung der genossenschaftlichen Prinzipien der Mitgliederförderung, der Identität, der Solidarität und der Demokratie. Beschreibt das Förderprinzip die Unterordnung des Gewinnstrebens unter die Interessenförderung der Mitglieder, ermöglicht das Identitätsprinzip, die für den Kapitalismus charakteristische Rollenteilung von Produzent*innen und Konsument*innen aufzuheben. Das Solidaritätsprinzip bezeichnet hingegen den „genossenschaftlichen Geist“ (Hettlage 1990: 123f.), der sich in einer besonderen Werteverbundenheit der Mitglieder

ausdrückt (vgl. Klemisch/Boddenberg 2016: 157f.). Von entscheidender Bedeutung für die Organisationsform der Genossenschaft ist zudem das Prinzip ihrer demokratischen Grundstruktur.

Einen schon einige Jahre zurückliegenden Ansatz für eine soziologische Betrachtung des Demokratieprinzips bieten Robert Hettlages Überlegungen zur „Genossenschaftssoziologie“ (1981). Das genossenschaftliche Demokratieprinzip garantiert jedem Mitglied in einer Genossenschaft das gleiche Stimmrecht. So ist in einer Genossenschaft nicht die Höhe der Kapitalbeteiligung für den Grad der Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder entscheidend – das Stimmrecht in der General- oder Vertreterversammlung ist unabhängig von der Anzahl der übernommenen Geschäftsanteile (vgl. Klemisch/Vogt 2012: 23).

Hettlage setzt dieses demokratische Prinzip nun in das Verhältnis zu Max Webers herrschaftssoziologischer Perspektive auf die Funktionsprinzipien der kapitalistisch geprägten Gesellschaft. Beschreibt Webers „Große Erzählung“ (Kaesler 2010: 42f.) hier die Rationalisierung der gesamten Lebensführung im Zuge der Ausbreitung der kapitalistischen Gesellschaftsform, die ihren Ausgangspunkt in der calvinistischen Prädestinationslehre und ihren Fluchtpunkt in der Entstehung eines kapitalistischen Geistes findet, so schlägt sich diese Entwicklung in einem bestimmten Herrschaftstyp, der Form der rationalen Herrschaft nieder (vgl. Weber 2010; 1976). Als kennzeichnend für die kapitalistische Privatwirtschaft tritt die „auf dem Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen“ (Weber 1976: 124) basierende rationale Herrschaft, an die Stelle der traditionellen Herrschaftsform, die ihre Legitimität durch den Glauben an die Heiligkeit geltender Traditionen schöpfte. Doch handelt es sich hier weniger um eine Aufhebung als vielmehr um eine Verschiebung von Herrschaft, so steht auch beim Idealtyp der rationalen Herrschaft der

Gehorsam im Mittelpunkt (vgl. ebd.; Hettlage 1981: 281).

Weber gesteht den von ihm in Wirtschaft und Gesellschaft beschriebenen Verbänden nun das Potenzial einer stärkeren Kontrolle einseitiger Machtstrukturen in Organisationen zu, die er als „Minisierung der Herrschaft“ (Weber 1976: 169) beschreibt. Möglich wird diese Art der Kontrolle, wenn sich die Mitglieder sozial gleichen, untereinander kennen und ihr Versammlungsrecht ausüben – insofern also genossenschaftlichen Prinzipien folgen. So verstehen sich Genossenschaften traditionell als Selbsthilfeeinrichtungen, die solidarisch agieren und ihre Mitglieder in demokratische Entscheidungsprozesse einbeziehen (vgl. Klemisch/Boddenberg 2016: 157f.). Von ihrer Idee her sind Genossenschaften somit demokratische Gebilde, in der die Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder ausgeprägter sind als in anderen Organisationen (vgl. Runkel 2003: 91).

Nun steht das Demokratieprinzip in der heutigen Genossenschaftslandschaft jedoch schnell zur Disposition, da sich die Entscheidungsstrukturen bei größeren Genossenschaften häufig denen kapitalorientierter Mitbewerber angleichen (vgl. Reichel 2012: 7; Klemisch/Vogt 2012: 24). In der Realität – so wird es in der Empirie deutlich – schrumpft die demokratische Stellung der Mitglieder schnell zu einer symbolischen Möglichkeit, den vom Vorstand vorgeschlagenen Geschäftsbericht anzunehmen (vgl. Blanckenburg von 2014: 261). Franz Oppenheimer (1896) folgerte hieraus schon früh das „eherne Transformationsgesetz der Genossenschaften“, nach dem Genossenschaften entweder scheitern oder sich in kapitalistische Unternehmen verwandeln, die sich sukzessive von den genossenschaftlichen Prinzipien entfernen. Scheint diese Vermutung für große Genossenschaften naheliegend, kann insbesondere in kleineren Genossenschaften jedoch nach wie vor eine grundsätzliche Schwächung

der herrschaftlichen Grundform durch genossenschaftliche Strukturen beobachtet werden, da Herrschaftsfaktoren durch das Demokratieprinzip zumindest unter Kontrolle gehalten werden können (vgl. Hettlage 1981: 286). So wird durch das Demokratieprinzip verhindert, dass sich Mitglieder kraft ihrer wirtschaftlichen Potenz über die Interessen anderer Mitglieder stellen. Feindliche Übernahmen kapitalmächtiger Akteure sind ausgeschlossen und Kontroll- und Leitungsbefugnisse von Vorstand und Aufsichtsrat müssen sich stets an den demokratischen Entscheidungen der Mitglieder orientieren (vgl. Klemisch/Boddenberg 2016: 158).

Die hier nur angedeutete Auseinandersetzung mit dem genossenschaftlichen Demokratieprinzip lässt einen zentralen Anknüpfungspunkt zum Diskurs der Nachhaltigkeitsforschung und der Frage der Transformation erkennbar werden: Seit dem UN-Weltgipfel von Rio de Janeiro 1992 lautet ein zentrales Ziel der Nachhaltigkeitsdebatte, die Partizipation von Bürger*innen in politischen Entscheidungsprozessen zu stärken. So konstatiert der Abschlussbericht der Konferenz: „One of the fundamental prerequisites for the achievement of sustainable development is broad public participation in decision-making“ (UN 1992: Kap. 23.). Partizipation wird hier zu einem normativen Gerechtigkeitsanspruch eines sozialen Nachhaltigkeitsverständnisses erhoben, der in Genossenschaften durch das Demokratieprinzip verwirklicht werden kann und deren transformatives Potenzial im Diskurs um Nachhaltigkeit sichtbar werden lässt.

2. Genossenschaften und ihr transformatives Potenzial für die Nachhaltigkeitsdebatte

Spätestens seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 wird in der soziologischen Debatte auch jenen Akteuren des

Nachhaltigkeitsdiskurses Gehör geschenkt, die Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Transformationsprojekt interpretieren und sich gegen die systembejahende Idee eines nachhaltigen Wachstumsparadigmas wenden (vgl. z.B. Fatheuer et al. 2015; Paech 2012). So ist den unterschiedlichen Ansätzen über die Möglichkeit einer „Postwachstumsgesellschaft“ (vgl. z.B. Seidl/Zahrnt 2010) gemein, dass sie der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft eine „Multiple Krise“ (Bader et al. 2011) attestieren, die sowohl auf der ökonomischen, der ökologischen als auch auf der sozialen Ebene wirksam wird. Die Diagnose gesellschaftlicher Krisen wird hier verbunden mit einem zunehmenden Transformationsdruck der modernen Gesellschaftsformation, die sich gegen den gegenwärtigen „Wachstumstotalitarismus“ (Rosa 2014: 99) oder die „Sakralisierung des Wachstums“ (Dörre nach Schimank 2013: 129) wendet. Verstehen sich die Akteure dieser Debatte zwar als zukunftsorientiert, so lässt sich in der Argumentation stets der Rückgriff auf vor-kapitalistische Gesellschaftsformen feststellen. Die in diesem Zusammenhang entstandenen Krisendiagnosen des modernen Kapitalismus, wie die Feststellung einer zunehmenden sozialen Ungleichheit, die Ausbreitung von Armut und ein zunehmender Gewinner-Verlierer-Dualismus, lassen Ähnlichkeiten zu den Gründungsmotiven der Genossenschaftsbewegung sichtbar werden. So war es in der Entstehungsphase der ersten Genossenschaften stets die Wahrnehmung einer als bestandskritisch empfundenen kollektiven Krisenerfahrung einer bestimmten Personengruppe, die als Ursache und Kristallisationspunkt des Gründungsgeschehens einer Genossenschaft wirksam wurden.

Die ersten Genossenschaften entstanden bereits Mitte des 19. Jahrhunderts als Zusammenschlüsse von Industriearbeiter*innen, die sich in Konsumvereinen zusammenschlossen, um ihre Marktposition zu verbessern (vgl. Thürling 2014: 4). Kämpfte die ländliche Bevölkerung zu Zeiten

des Gründungsvaters des Genossenschaftswesen Friedrich-Wilhelm Raiffeisens maßgeblich gegen die sich ausbreitende Armut, so sind es heute gesellschaftliche Pathologien der neoliberalen Wirtschaftsweise, die alternative Praktiken der Produktion und Distribution hervorbringen und damit auch eine gewisse Renaissance der Genossenschaften befördern (vgl. Klemisch/Boddenberg 2012). Welches transformative Potenzial kann Genossenschaften in diesem Zusammenhang zugesprochen werden?

Mit ihrem wirtschaftsdemokratischen Ansatz, die Mitglieder bei der unternehmerischen Ausrichtung einzubeziehen, die Wirtschaft solidarisch zu gestalten und von der obersten Maxime der Profitmaximierung abzurücken, stellen Genossenschaften zumindest idealtypisch ein Gegenmodell zu kapitalistisch organisierten Unternehmen dar (vgl. Blome-Drees 2012). So orientieren sich Genossenschaften nicht an der Maxime der Gewinnmaximierung, sondern an den Interessen ihrer Mitglieder, die im gesetzlich verankerten Förderprinzip rechtlich kodifiziert werden. Ihr transformatorisches Potenzial kann insbesondere in der Demokratisierung von Sachverstand und der Generierung neuer Lösungsstrategien für wahrgenommene gesellschaftliche Probleme vermutet werden, die jenseits von Markt und Staat liegen. Zwar agieren auch Genossenschaften in einer ökonomischen Sphäre, doch lässt die Konzentration auf lebensweltliche Fragen und der Versuch, Handlungserfolge durch Kommunikation, Kooperation und Solidarität zu erzielen, eindeutig kapitalistische Systemlogiken erodieren (Elsen 2014: 34f.), die Genossenschaften in die Nähe des Diskurses der Postwachstumsökonomie rücken:

„Genossenschaftliche Lösungen sind Teil der neuen Bewegungen zur Wiederaneignung und Erschließung von dezentralisierten und demokratischen Steuerungsformen sowie eigenständigen Handlungsmöglichkeiten, die als Teil der Suche nach

tragfähigen Lösungen in der Postwachstumsgesellschaft zu verstehen sind“ (ebd.: 35).

Das transformatorische Potenzial von Genossenschaften scheint also in erster Linie in der Demokratisierung von Diskussions- und Steuerungsprozessen zu liegen.

Der genossenschaftliche Sektor ist jedoch sehr heterogen. Große Genossenschaftsbanken mit insgesamt mehr als 18 Millionen Mitgliedern und 190.000 Beschäftigten auf der einen – kleine Dorfläden, Tauschring- oder Schülergenossenschaften auf der anderen Seite. Je nach Größe, Branchenzugehörigkeit und Unternehmensphilosophie ergeben sich ganz unterschiedliche Konsequenzen für die Umsetzung der genossenschaftlichen Prinzipien. Dies gilt im Besonderen für die Umsetzung des Demokratieprinzips, das für die Ausprägung eines gesellschaftlichen Verständnisses von Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle spielt. In dieser Debatte rücken Energiegenossenschaften in den Fokus und werden auch im politischen Diskurs zunehmend als Akteure der Energiewende genannt. Im Folgenden sollen die theoretischen Perspektiven daher mit einer praxisorientierten Perspektive auf Energiegenossenschaften verbunden werden.

3. Energiegenossenschaften

Nicht ohne Stolz verkündeten die deutschen Genossenschaftsverbände, dass der in den letzten Jahren zu beobachtende Trend zu Neugründungen im Genossenschaftssektor anhält. In der Tat kann hier eine positive Wachstumsdynamik konstatiert werden. Insgesamt gab es seit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes in den Jahren von 2006 bis 2013 1848 Neugründungen. Im Vergleichszeitraum von 2000 bis 2006 waren es dagegen nur 450 (vgl. Blome-Drees u.a. 2015: 97). Mehr als die Hälfte der in den letzten fünf Jahren gegründeten Genossenschaften sind Energiegenossenschaften als Betreiber von Photovoltaikanlagen, Nahwärmenetzen oder

Bioenergiedörfern. Welche Rolle spielen diese neu entstandenen Energiegenossenschaften im politischen Prozess der Energiewende?

Energiegenossenschaften sind Akteure der Energiewirtschaft in der Rechtsform der Genossenschaft mit dem Ziel einer dezentralen konzernunabhängigen und ökologischen Energiegewinnung. Sie sind vorwiegend auf kommunaler oder regionaler Ebene tätig und bieten Bürger*innen die Möglichkeit, zur Energiewende und zum Klimaschutz beizutragen. Energiegenossenschaften sind somit Bestandteil des sozial-ökologischen Modells eines Umbaus der Energiewirtschaft (vgl. Mautz/Rosenbaum 2012), besser bekannt unter dem Begriff „Energiewende“.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es je nach Erfassungsart bundesweit ca. 800 Energiegenossenschaften. Diese stellen damit etwa 10% der Genossenschaften in Deutschland und tragen wesentlich zu deren Renaissance bei (vgl. Klemisch/Boddenberg 2012). Entstanden sind Energiegenossenschaften, deren Tätigkeitsschwerpunkte zumeist im Bereich der Photovoltaik (PV) liegen, in den letzten Jahren vor allem im ländlichen Raum. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Energie-Erzeuger Genossenschaften, mit Abstand gefolgt von Energie-Verbraucher Genossenschaften, die auch regionale Netze betreiben.¹ Zu beobachten sind aber mittlerweile eine Fülle unterschiedlicher Arrangements zwischen Energiegenossenschaften, Kommunen und Stadtwerken. Die Tätigkeitsfelder liegen zu 82% im Bereich der Stromerzeugung (PV); 20% im Bereich der Wärmenetze, 7% in der Wärmeerzeugung und 1% im Betrieb von Stromnetzen (vgl. DGRV 2015).

Energiegenossenschaften spielen bei der Umsetzung der Energiewende eine wichtige Rolle.

1 Die klassische Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft ist im Bereich der Nahwärmenutzung zu beobachten. Hier sind sowohl die Wärmeerzeuger als auch die Nutzer Teil der Genossenschaft.

Schon heute sind Privatbürger*innen und Energiegenossenschaften die größte Eigentümergruppe an der installierten Leistung in fast allen Sparten der Erneuerbaren Energie von Wind 51%, über Photovoltaik 48% bis hin zu Bioenergie 42% (trend:research/Leuphana 2013: 43). Nach einer Befragung des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (vgl. DGRV 2015) vom Frühjahr 2015 engagieren sich 130.000 Mitglieder, davon 120.000 Privatpersonen (92%) in Energiegenossenschaften (2012 waren es noch 80.000). Diese Bürger*innen haben bereits ca. 1,67 Mrd. € in Bürgerkraftwerke investiert. Mit den dort erzeugten 933 MWh Strom lässt sich der jährliche Bedarf von über 250.000 Haushalten decken.

Das Neugründungsgeschehen ist im Bereich der Erneuerbaren Energien (EE) besonders dynamisch. Bestanden 2011 586 eingetragene Genossenschaften in Deutschland, die ausschließlich energiewirtschaftlich tätig waren (vgl. Klemisch 2012:49), wurden im selben Jahr 195, in 2012 187, in 2013 172, in 2014 66 und in 2015 49 neue Genossenschaften registriert. Nachdem sich die Gründungsdynamik also eine Zeit lang positiv gestaltete, nehmen die Neugründungen in den letzten Jahren wieder ab (vgl. Müller/Holstenkamp 2015). Als Gründe hierfür werden u.a. die EEG Novelle, die Anpassung der Kapitalmarktregulierung durch das Kapitalanlagengesetzbuch (KAGB), der Mangel an finanzierten Hauptamtlichen, Unsicherheiten bei der Anpassung der Geschäftsmodelle an sich stetig ändernde gesetzliche Rahmenbedingungen, Schwierigkeiten bei der Finanzierung u.a. bei der Aufbringung des nötigen Eigenkapitals bei Großprojekten sowie eine gewisse Marktsättigung diskutiert (vgl. Müller et al. 2015). Als wichtige Faktoren für die Fortsetzung des positiven Trends werden von den Genossenschaften folgerichtig langfristig sichere politische Rahmenbedingungen und ein Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien genannt. Da ab 2014 die Einspeisevergütung für 10% des erzeugten Stroms entfallen ist, wird für viele Ge-

nossenschaften, die meistens über mittelgroße PV-Anlagen verfügen, auch eine Direktvermarktung des Stroms interessant.

Scheinen Energiegenossenschaften als Teil einer partizipativ ausgerichteten Energiewende also eine wichtige Rolle einzunehmen, so liegt dies vornehmlich in ihrem der Organisationsform inhärenten Demokratiepotenzial begründet.

4. Das Demokratie-Potential von Energiegenossenschaften

Das Demokratiepotential von Genossenschaften richtet sich zunächst nach außen und ermöglicht die Bürgerbeteiligung im Rahmen einer dezentralen Energiewende. So können Bürger*innen, Kommunen, Verbraucher*innen, Handwerksbetriebe und andere klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) unter den Bedingungen einer sich dezentral organisierenden Energiewirtschaft in der Rechtsform der Genossenschaft nicht nur das erforderliche Kapital beschaffen. Sie sind vielmehr in der Lage, das vor Ort vorhandene Wissen und Kapital zu mobilisieren und in ein lokales Wertschöpfungskonzept umzusetzen. Dabei können Arrangements entstehen, die die Innovationsfähigkeit anregen und das lokale Wissen von Beschäftigten energiewirtschaftlicher Unternehmen, Handwerker*innen und Bürger*innen nutzen, um zu kundenfreundlichen Lösungen zu gelangen. Genossenschaften als demokratisch verfasste Unternehmensform und ihre Orientierung am Mitgliedernutzen scheinen hierfür gute Voraussetzungen zu bieten (vgl. Klemisch/Vogt 2012: 23f.). Darüber hinaus ermöglicht die Organisationsform zumindest partiell die Ausschaltung des Marktes im Binnenverhältnis, indem das Prinzip der konkurrierenden Marktparteien durch das Identitätsprinzip in der Genossenschaft ersetzt wird. Somit richten sich Genossenschaften zwar nicht per se gegen die kapitalistische Wirtschaftsweise, sie repräsentieren aber aufgrund ihres

Identitäts- und Demokratieprinzips ein nicht kapitalistisches Element und stellen somit dem kapitalistischen Eigentum verstärkt öffentliches und genossenschaftliches Eigentum zur Seite (Urban 2011: 58).

Über die Umsetzung des Demokratieprinzips in Energiegenossenschaften gibt es bisher relativ wenig empirische Erkenntnisse. Die Ergebnisse einer von Radtke (2016: 271ff)² durchgeführten Befragung von Bürgerbeteiligungsprojekten, die jedoch nicht immer mit Energiegenossenschaften identisch sind, verdeutlicht das Ausmaß der Beteiligung. Die Mitglieder in den befragten Bürgerbeteiligungsprojekte...

- ...sind bei Sitzungen und Mitgliederversammlungen zu 24 Prozent immer anwesend, 22 Prozent oft, 24 Prozent nehmen nie teil.
- ...äußern sich oft auf den Sitzungen (50 Prozent immer, oft oder manchmal), nur 11 Prozent niemals.
- ...halten folgende Themen für wichtig: Organisation der Gesellschaft (11 Prozent), Stimmrechte (8 Prozent), Standorte und Typen von Energieanlagen (8 Prozent), nur 3,5 Prozent betonen politische Einflussnahme des Bürgerunternehmens.
- ...wünschen sich nicht mehr Diskussionsforen (14 Prozent, 30 Prozent sind sich unsicher), auch nicht mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten (10 Prozent, 60 Prozent sind sich unsicher).
- ...erinnern sich überwiegend an keine Aufrufe zur Mitwirkung (55 Prozent), mehrere Aufforderungen benennen 32 Prozent, Aufrufe nur zu Beginn des Projektes sind 10 Prozent bekannt.

² Jörg Radtke hat 2012 eine repräsentative Umfrage unter 80 Energieprojekten in Deutschland durchgeführt und diese auf der Basis von 2826 Antworten ausgewertet.

- ...haben größtenteils noch nie eine eigene Idee eingebracht (75 Prozent), etwa 20 Prozent haben bereits mehrfach oder einmal eine eigene Idee formuliert.
- ...kennen nur selten Konflikte, die zum Teil nicht gelöst wurden (14 Prozent). In 4 Prozent der Fälle wurden Gegenmeinungen und Kritik zurückgewiesen.

Wie aus den erhobenen Daten deutlich wird, entspricht das Maß an wahrgenommener Beteiligung und Mitwirkung in Bürgerenergiegesellschaften nicht unbedingt den angebotenen Möglichkeiten (vgl. Flieger/Klemisch/Radtke 2015). Dennoch kommt es zum Austausch und zu Diskussionen in den Energieprojekten, was der Mehrheit der Beteiligten ausreichend erscheint. Auffallend viele Personen sind sich jedoch unsicher, ob sie sich mehr Beteiligung wünschen. Offensichtlich wäre dies für viele Befragten im additiven Sinne vorstellbar. Eine Quote von 20 Prozent, die bereits eine Anregung eingebracht haben, ist im Vergleich zu anderen innerorganisationalen Beteiligungsprozessen wie z.B. der Nutzung von betrieblichen Vorschlagswesen im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP) als nicht besonders hoch anzusehen.³ Im Unterschied zum KVP gibt es für die Vorschläge aber auch kein direktes finanzielles Anreizsystem.

Zu ganz anderen Ergebnisse kommt eine Untersuchung, die auf einer Befragung von 487 Genossenschaftsmitgliedern im Zeitraum von 4/2014 bis 2/2015 basiert (vgl. Helmholtz Zentrum für Umweltforschung - UFZ: 2015). Danach liegt die Zufriedenheit mit den Beteiligungsmöglichkeiten, der Bereitstellung von Informationen und die Zufriedenheit im Umgang mit Konflikten zwischen 81,6% und 78,3% (vgl. ebd.: 6). Die Konfliktlösungsfähigkeit und der Umgang mit Kritik können also grundsätzlich positiv gewertet werden. Allerdings gibt es auch

³ Hier liegt die Quote bei etwa 50%.

in Energiegenossenschaften eine Reihe von Konfliktgegenständen.⁴ Zu den Zielkonflikten gehören danach das Auseinanderfallen von Renditeansprüchen und Investitionen, die Arbeitsverteilung im Vorstand und das Mitgliederengagement, die Entwicklung neuer Projektstrategien zwischen Ehrenamt und Hauptamtlichkeit sowie die Kommunikation und die Mitbestimmung (vgl. Herbes et al. 2015). Doch kann die demokratische Ausrichtung von Energiegenossenschaften auch über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus wirksam werden.

Möglichkeiten der Beteiligung über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus

Das Spektrum der Beteiligungsangebote an ihre Mitglieder geht in vielen Energiegenossenschaften über die gesetzlichen Bestimmungen bzw. Mindestanforderungen hinaus, wie die Beispiele einiger Nahwärmegenossenschaften verdeutlichen⁵. So ist bereits bei der Gründung der meisten Nahwärmegenossenschaften eine ausführliche Bereitschaft der Bewohner*innen in der Gemeinde oder dem Ortsteil, in dem eine Nahwärmeversorgung stattfinden soll, üblich. Denn schon in der Planungsphase wird die grundsätzliche Beteiligungsbereitschaft potenzieller Genoss*innen eruiert und Fragen nach der Höhe der Pflichtbeteiligung an der Genossenschaft und des Energiebedarfs geprüft. Auf diese Weise wird nicht nur sichergestellt, ob die Gründung einer Energiegenossenschaft wirtschaftlich tragfähig sein könnte, die späteren Mitglieder werden zudem aktiv in die konzeptionelle Entwicklung des eigentlichen Energiekonzepts eingebunden.

Die Vorgehensweise des Bioenergiedorfs⁶ Jühnde eG als frühes Modellvorhaben war und ist in dieser Hinsicht für viele der rund 170 Nahwärmegenossenschaften richtungweisend (<http://www.bioenergiedorf.de/home.html>).

Typisch für zahlreiche Energiegenossenschaften ist auch das Einrichten von Arbeitsgruppen. So existiert beispielsweise bei der Solar-Bürger-Genossenschaft eG in Freiburg seit 2011 eine BHKW-Arbeitsgruppe, die sich regelmäßig trifft und in der kontinuierlich etwa sechs Mitglieder der Genossenschaft mitarbeiten (<http://www.solarbuergergenossenschaft.de/index.php/arbeitsgruppen>). Diese beschaffen sich gemeinsam das erforderliche Wissen, bestimmen die Strategie, wählen die Projekte aus, die hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit genauer geprüft werden, klären deren Wirtschaftlichkeit und engagieren sich bei der Umsetzung. Die Arbeitsgruppe verfügt, wenn auch nur informell, über eine sehr weitgehende Gestaltungskompetenz bei diesem Geschäftsfeld. Sie geht so weit, dass die Solar-Bürger-Genossenschaft bei BHKWs eine Pionierrolle bei der Entwicklung und Umsetzung eines ersten BHKW-Mieter-Energiemodells übernommen hat.

Bei der Energiegenossenschaft Greenpeace Energy eG haben die 50 Vertreter*innen eine eigene Mailingliste eingerichtet, die sie als Austauschplattform nutzen (<http://www.greenpeace-energy.de/genossenschaft.html>). So werden dort beispielsweise Satzungsveränderungen, Zukunftsstrategien der Genossenschaft, Verständnisfragen und Interpretationen der Bilanz, die Unternehmenspolitik von Vorstand und das Agieren des Aufsichtsrats diskutiert. Die Beteiligung der einzelnen Vertreter*innen ist auch hier sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Mailingliste hilft jedoch die Beteiligung über die jährliche General- bzw. Vertreter*innenver-

4 Konflikte in Energiegenossenschaften wurden im Projekt BENERKON unter Federführung der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen untersucht.

5 Die hier referierten Beispiele beruhen auf Projektbeobachtungen. Die genannten Internetquellen verweisen meist lediglich auf die Energiegenossenschaft, aber nicht auf den dargestellten Sachverhalt.

6 Ein Bioenergiedorf ist ein Dorf, das einen großen Teil seines Strom- und Wärmebedarfs unter Nutzung von überwiegend regional bereitgestellter Biomasse selbst deckt.

sammlung hinaus erheblich zu verbessern und zu intensivieren. Seit Mitte 2015 wird diese Möglichkeit seitens der Genossenschaft durch ein nur für Vertreter*innen zugängliches Mitgliederportal institutionalisiert. Vereinzelt werden bei Energiegenossenschaften auch zusätzliche Gremien wie Beiräte und Arbeitsgruppen neben Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung in der Satzung verankert.

Die Institutionalisierung eines Fachbeirats „Energieeffizienz“ der BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG ist ein Beispiel für solche Beteiligungsmöglichkeiten und -inhalte (<http://www.beg-wolfhagen.de/index.php/wir-ueber-uns>). Der Fachbeirat besteht aus bis zu neun Personen, die von der Generalversammlung gewählt werden. Eingerichtet wurde ein Fond „Freie Rücklage Energieeffizienz“, der aus Mitteln der BEG gespeist wird. Für die Verwendung dieser Mittel entwickelt der Beirat in Abstimmung mit dem Vorstand Projekte und Programme zur Energieeinsparung und zum Einsatz energieeffizienter Geräte für die Mitglieder. Engagierte Mitglieder können so den für die Energiewende besonders wichtigen Bereich der Energieeinsparung vorantreiben.

Ein Charakteristikum der Bürgerenergiegenossenschaften ist ihre Verwurzelung in der Region, vor allem im ländlichen Raum und in kleinen Gemeinden. So können die Gründungsprozesse von Energiegenossenschaften als eine Domäne des ländlichen Raums beschrieben werden (Klemisch 2014: 156-161). Der höhere Grad an Gemeinschaftlichkeit, der sich in einem viel stärkeren sozialen Miteinander und in einem intakten Vereinsleben ausdrückt, kann dazu genutzt werden, bürgerliches Engagement zu bündeln. So ist beispielsweise die Initiierung und die Gründung einer Genossenschaft oder eines Vereines mit weniger Problemen behaftet, wenn sich die Dorfbewohner untereinander kennen und schätzen (Willersinn et al. 2015). Hier sind also tendenziell die par-

tizipativen Strukturen vorhanden, die für die Umsetzung von Energieprojekten in Bürgerhand, ob Nahwärmeversorgung, Direktvermarktung oder Energieeffizienz förderlich sind. In großen und überregionalen Genossenschaften steigt dagegen der Aufwand für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen. In diesem Zusammenhang könnte der Grad der Beteiligung möglicherweise durch Formen der E-Partizipation gesteigert werden.

Beteiligungspotenziale durch E-Partizipation

Seit der Novellierung des deutschen Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 können alle Genossenschaften Online-Wahlen durchführen. Mittlerweile existiert dafür auch ein geeignetes, in der Praxis bereits bewährtes Programm. Das Online-Wahlssystem Polyas gewährleistet, dass die Ergebnisse der Online-Wahl sicher und rechtsverbindlich sind.

Bei einer Online-Wahl reduzieren sich die Kosten für die Wahlorganisation auf ein Minimum. Zentrale Aufgaben, wie die Führung des Wählerverzeichnis, der Druck und Versand von Wählerinformationen, die Durchführung der Wahl und die Stimmauszählung können digital per Knopfdruck erfolgen. Zudem verringern Online-Wahlen auch die Barrieren, die bei Briefwahlen bestehen und bieten die Chance, vermehrt Rücksicht auf die Bedürfnisse der Mitglieder zu nehmen. So können sie bei der Online-Vertreterwahl jederzeit ihre Stimme abgeben. Online werden die Stimmberechtigten zudem leichter motiviert, an der Wahl teilzunehmen. Dies kann das Gefühl der Mitglieder stärken, bei wichtigen Entscheidungen eingebunden zu sein.

Die Hamburger Genossenschaft Hostsharing eG führt ihre Generalversammlung als virtuelle Mitgliederversammlung online durch. Auf diese Weise wird eine ausführlichere Diskussion und eine Abstimmung durch eine hohe Anzahl der Mit-

glieder ermöglicht. Zu einem vorab festgelegten Zeitpunkt wird die Diskussionsphase beendet und es erfolgt die Abstimmung, die ebenfalls für alle ersichtlich über den Mitgliederverteiler per E-Mail durchgeführt wird. In einer Liste kann jedes Mitglied zu den einzelnen Anträgen seine Priorität ankreuzen. Die ausgefüllten Listen werden abschließend allen Mitgliedern zugesendet. Im Anschluss findet die Generalversammlung statt, die diese Beschlussempfehlungen umsetzt.

Darauf aufbauend hat der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) die Idee der virtuellen Mitgliederversammlung verbreitet. Sie wird in dessen Mustersatzung oder der Allgemeinen Geschäftsordnung für neue Genossenschaften als Möglichkeit ausdrücklich benannt. Entsprechende Passagen finden sich deshalb bei vielen Energiegenossenschaften wieder, beispielsweise bei der EnergieGenossenschaft Kaufungen eG, der Friedensfördernde Energie-Genossenschaft Herford eG, der Bürger-Energiegenossenschaft Ehingen eG. Obwohl dies eine interessante Form einer intensiveren Beteiligung darstellt, wurde auf diese Möglichkeit bis zum jetzigen Zeitpunkt noch von keiner Energiegenossenschaft zurückgegriffen. Es lassen sich also bisher noch keine empirisch belegten Aussagen treffen, ob die Möglichkeit der Internetnutzung die Demokratiepotenziale der Genossenschaften stützt oder erweitert.

Wie lassen sich die beschriebenen Potenziale für die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten in Energiegenossenschaften nun theoretisch ein zu ordnen? Einen Ansatz hierfür bietet das Konzept der Prosument*innendemokratie.

Zukunft der Energiegenossenschaften als Prosumentendemokratie

Beim Prosuming handelt es sich um ein Prinzip, das bereits Ende der 1970er Jahre vom amerikanischen Zukunftsforscher Alvin W. Toffler (1983) im Kontext des Übergangs von der Industrie- zur

Dienstleistungsgesellschaft beschrieben wurde. Toffler bezeichnet Prosuming als eine Mischform von Produktion und Konsumtion, die komplementär zur Sphäre des Erwerbslebens stattfindet und somit tendenziell eine Wiederaufnahme der vorindustriellen Logik der Produktion zum Zwecke des Eigenkonsums darstellt. Prosuming setzt sich zusammen aus den Begriffen „Produktion“ und „Konsumtion“ und weicht die dualistischen Rollenzuschreibungen und Grenzen von Produzent*innen und Konsument*innen bspw. durch mehr Mitsprache und Einbindung von Kund*innen bei der Produktion und Distribution von Lebensmitteln oder anderen Gütern auf. Als analytisches Konzept dient die Idee des Prosuming in den Sozialwissenschaften zur Beschreibung und diskursiven Verortung neuer Entwicklungen. Von den Vordenkern des Prosumentenansatzes wie Jeremy Rifkin wird dies vor allem in enger Verbindung mit den neuen Möglichkeiten der Digitalisierung und des Internets diskutiert (Rifkin 2014).

Ein gemeinsames Wesensmerkmal des Prosuming-Ansatzes und des Genossenschaftsmodells ist ihre partizipative Ausrichtung. Durch das Identitäts- und Demokratieprinzip steht die Mitarbeit der Bürger*innen bei der Produktion im Mittelpunkt und auch Prosuming-Ansätze basieren auf der Partizipation der Kund*innen bei der Entwicklung oder Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Im Unterschied zur Auslagerung von Arbeitsschritten auf die Kund*innen verfolgen genossenschaftliche Prosumermodelle jedoch primär keine Effizienzsteigerungsstrategie, sondern entstehen in der Regel nach einem Bottom-Up-Prinzip. So sind Genossenschaften im Bereich der Energiewirtschaft Ausdruck von Bürgerengagement, das für die Akzeptanz der Energiewende notwendig ist (Klemisch/Boddenberg 2012: 577). Die Gemeinsamkeiten von Prosuming und genossenschaftlichem Wirtschaften liegen in ihrer Kopplung und somit in der Orientierung an den Bedürfnissen und Inte-

ressen der Prosumer*innen. Genossenschaften und Prosuming-Ansätze beinhalten insofern einen innovativen Charakter, da neue oder neu-konfigurierte Praktiken und die Verschmelzung der Bereiche von Produktion und Konsumtion veränderte Interaktions- und Kommunikationsmuster hervorbringen und dadurch Impulse für Veränderungen ermöglichen (vgl. Klemisch/Boddenberg 2016: 161f).

Etwa 90 Prozent aller neu gegründeten Energiegenossenschaften, die Kraftwerke im Bereich Erneuerbarer Energien betreiben, speisen die erzeugte Energie ins Netz ein, um dafür eine gesetzlich geregelte Vergütung zu erhalten. Die Zukunft der Energiegenossenschaften scheint darin zu liegen, dass deren Mitglieder die erzeugte Energie möglichst in räumlicher Nähe der Anlage selbst nutzen. Dies kann als Weiterentwicklung in Richtung Prosumer*innen-Energiegenossenschaften bezeichnet werden (vgl. ebd.). Der Prosumentenansatz wird durch die Weiterentwicklung bestehender energiegenossenschaftlicher Ansätze unterstützt und forciert. Dies geschieht durch eine Verknüpfung und Nutzung von bürgerschaftlichem Engagement, Partizipation und wirtschaftlicher Beteiligung an der Umsetzung der Energiewende zu neuen Geschäftsmodellen für eine erfolgreiche Transformation der Energiewirtschaft in Richtung Energieeffizienz und Integration der Erneuerbaren Energien in lokale Marktconstellations. Die Trennung von wirtschaftlicher Angebotspolitik und reaktivem Verbraucherverhalten wird dadurch aufgelöst.

Über Mitentscheidungs- und Mitsteuerungsmodelle für die Konsument*innen erfolgt eine Beeinflussung des Verhaltens und somit eine Optimierung von in der Gruppe als Genossenschaft gemeinsam erzeugter Energie und deren Nutzung möglichst zum Erzeugungszeitpunkt – und umgekehrt. Beim genossenschaftlichen Prosumentenansatz ist der/die Verbraucher*in nicht „arbeitender Kunde“ (Voß/Rieder 2006), sondern

mitgestaltender Erzeuger*in und Verbraucher*in. Dieser Ansatz trägt wesentlich zur Akzeptanz von Maßnahmen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien bei und verwirklicht die Partizipationsforderung des Nachhaltigkeitsdiskurses.

Als eine Vorreiterin für den genossenschaftlichen Prosumentenansatz in Deutschland kann die Bürgersolargenossenschaft Delmenhorst eG genannt werden. Einen der innovativsten Ansätze dieser Art hat jedoch die Bürger Energie Region Regensburg eG mit dem Projekt „Haus mit Zukunft“ realisiert. Dabei handelt es sich um ein genossenschaftliches Mehr-Generationen-Wohnprojekt für 35 Haushalte als „EffizienzhausPlus“. In dem rundum nachhaltigen Neubau stammen Strom und Wärme zu hundert Prozent aus Erneuerbaren Energien. Nicht nur der Strom für alle Wohneinheiten, auch der Hausstrom, der Strom für die Elektroauto-Ladestation und für die Wärmepumpe kommt aus regenerativen Quellen, zum Teil direkt mit Solarstrom vom Dach, der Rest wird über die Naturstrom AG geliefert.

Damit die Umsetzung der Beteiligung als nutzende Erzeuger*in in Energiegenossenschaften gelingt, scheint es erforderlich, den Prosumentenansatz in Form neuer Geschäftskonzepte systematisch zu erschließen (vgl. Klemisch/Boddenberg 2016; Flieger et al 2015). Diese gilt es für die verschiedenen Formen der Erneuerbaren Energien wie Photovoltaik, Windkraft, Biomasse, aber auch für deren Einsatzformen über Nahwärme, BHKWs, Verstärkung der Energieeffizienz bis hin zu Speichertechnologien und Verknüpfung der Technologien zu virtuellen Kraftwerken zu fokussieren und zu konkretisieren. Dabei handelt es sich in der Regel um innovative Modelle zwischen Markt und Kooperation sowie um die Verknüpfung von technischen und sozialen Erneuerungen. Ziel ist es, die Einbindung von Produzent*innen und Verbraucher*innen kommunikativ und beteiligungsorientiert zu gestalten.

5. Fazit: Energiegenossenschaften und Nachhaltigkeit

Stand zu Beginn dieses Beitrages die Feststellung, dass eine sozialwissenschaftliche Perspektive auf das gesellschaftliche Leitbild der Nachhaltigkeit zuweilen vernachlässigt wird, so wurde hier zunächst die Absicht verfolgt, das demokratische Potenzial von Genossenschaften zu beleuchten. Während die juristische Perspektive auf das genossenschaftliche Demokratieprinzip eher auf das formelle Gebot der personalen Stimmgleichheit rekurriert (vgl. z. B. Beuthien 2013: 70f), wurde in Anlehnung an Hettlage das Demokratieprinzip als Möglichkeit der Nivellierung organisationaler Herrschaftsverhältnisse beschrieben. Hierdurch wurden die Anknüpfungspunkte zur Nachhaltigkeitsdebatte sichtbar, die vor allem das Kriterium der Partizipation in den Mittelpunkt rückt. Verdeutlicht werden konnte das transformative Potenzial der Organisationsform Genossenschaft, das in der konsequenten Einbeziehung der Mitglieder in Entscheidungsprozesse und der Umsetzung der genossenschaftlichen Prinzipien liegt und damit die Möglichkeiten eröffnet, Genossenschaften als Akteure einer Debatte zu bezeichnen, die grundlegende Prinzipien von Markt und Staat in Frage stellen.

Unterscheidet die traditionelle Nachhaltigkeitsdebatte bekanntermaßen zwischen der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit (vgl. Deutscher Bundestag 1998), so scheint das ökologische Potenzial von Energiegenossenschaften, das im Mittelpunkt der Darstellung des vierten Kapitels stand, kaum erklärungsbedürftig. Die starke Wachstumsdynamik von Energiegenossenschaften kann als eine regionale Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels gedeutet werden, in dem verstärkt regenerative Energieträger zur Produktion von Strom und Wärme genutzt werden. So befinden sich heute mehr als 50 Prozent der in Deutschland installierten Anlagen zur Stromerzeugung aus

regenerativer Energie im Eigentum von Privatpersonen und Landwirten (trend:research GmbH/ Leuphana Universität Lüneburg 2013), wodurch eine dezentraler ausgerichtete Energieversorgung in den Fokus rückt und Energiegenossenschaften zu wichtigen Akteuren bei der Umsetzung der Energiewende werden (Klemisch/ Boddenberg 2013: 933).

Eine eher sozialtheoretische Verknüpfung der Genossenschaftsidee mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs muss Nachhaltigkeit jedoch in erster Linie als gesellschaftliches Transformationsprojekt beschreiben (vgl. Opielka 2015: 8), weshalb in einem weiteren Schritt das Demokratiepotenzial von Energiegenossenschaften beschrieben wurde. Die hier angeführten Beispiele zeigen, dass sich die ökologische und die soziale Dimension von Nachhaltigkeit verknüpfen lassen, wenn die Bürger*innen bei der Gestaltung der Energiewende einbezogen werden. Durch die Umsetzung von genossenschaftlichen Prosumeransätzen löst sich das dualistische Rollenverständnis von Produzent*innen und Konsument*innen auf und es kommt zu einer Form des kooperativen Wirtschaftens, das demokratisch gestaltet ist.

Wird der normative Leitgedanke der Förderung von Partizipation ernstgenommen, so erscheinen Energiegenossenschaften als Teil einer Solidarischen Ökonomie, die Nachhaltigkeitsziele verwirklichen können. Die Umsetzung des Demokratieprinzips ermöglicht nicht nur die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Energiewende; Energiegenossenschaften können vermehrt zu Experimentierfeldern der Selbstorganisation werden und damit neue Erfahrungsräume schaffen. Durch die Nutzung von Smart Grids werden z.B. Verhaltensänderungen bei den verbrauchenden Nutzer*innen möglich, die u.a. zu einem nachhaltigen Umgang mit Energie führen können, aber gleichzeitig in der genossenschaftlichen Struktur eine wirtschaftliche Steuerung ermöglichen. Dies kann sich aber

auch auf andere Sozialbereiche und Konzepte der Lebensführung ausweiten, wie es bereits bei unterschiedlichen Projekten erkennbar wird.

Schon jetzt stellen die Energiegenossenschaften eine Bürgerbewegung dar, die zwar an die sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre in der Bundesrepublik anknüpft, die es aber in dieser Vielfalt und Intensität der Beteiligung seit der Weimarer Republik in Deutschland nicht mehr gegeben hat. Grundlage dafür ist, dass wirtschaftliche Beteiligung und Entscheidungsbeteiligung in dieser Gestaltungsform eng miteinander verbunden sind. Gelingt es zukünftig auch verstärkt die Erzeuger*innen als Verbraucher*innen und die Verbraucher*innen als Erzeuger*innen einzubinden, erhält diese Art der Beteiligung eine neue Qualität, die für eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption erheblichen qualitativen Nutzen darstellen kann.

Literatur

- Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dück, Julia(2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dück, Julia (Hrsg.): VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA Verlag, S. 13-28.
- Beuthien, Volker (2013): Die eingetragene Genossenschaft – Idee und Wirklichkeit, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Blanckenburg von, Christine (2014): Genossenschaftliche Partizipationsstrukturen als Teil der besonderen Handlungsmöglichkeiten im Klimaschutz – Partizipation in Genossenschaften im Nachhaltigkeitsdiskurs. In: Schröder, Carolin/Walk, Heike (Hg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für eine zukunftsfähige Stadt, Wiesbaden: Springer VS, S. 257-284.
- Blome-Drees, Johannes (2012): Wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt Shareholder Value – Das genossenschaftliche Geschäftsmodell, Bonn Friedrich Ebert Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08964.pdf>.
- Blome-Drees, Johannes/ Bøggild, Nikolaj/Degens, Philipp/ Michels, Judith/Schimmele, Clemens/ Werner, Jennifer (2015): Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft – Endbericht. Online:<http://www.genossenschaften.de/sites/default/files/potenziale-und-hemmnisse-von-unternehmerischen-aktivitaeten-in-der-rechtsform-der-genossenschaft-endbericht.pdf> (11.04.2016).
- Deutscher Bundestag (1998): Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ – Konzept Nachhaltigkeit - Vom Leitbild zur Umsetzung (Drucksache 13/1100).
- DGRV (2015): Energiegenossenschaften - Ergebnisse der Umfrage des DGRV und seiner Mitgliedsverbände. Online: www.genossenschaften.de/sites/default/files/Auswertung%20Studie%20Brosch%3%BCre%202015.pdf (abgerufen 23.03.2016).
- Elsen, Susanne (2014): Genossenschaften als transformative Kräfte auf dem Weg in die Postwachstumsgesellschaft. In: Schröder, Carolin/Walk, Heike (Hg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für eine zukunftsfähige Stadt, Wiesbaden: Springer VS, S. 31-48.
- Fatheuer, Thomas/Fuhr, Lili/Unmüßig, Barbara (2015): Kritik der grünen Ökonomie, München: oekom.
- Felber, Christian (2012) Gemeinwohlökonomie, Wien: Deuticke Verlag.

- Flieger, Burghard/Klemisch, Herbert/Radtke, Jörg (2015): Bürgerbeteiligung in und durch Energiegenossenschaften, In: Netzwerk Bürgerbeteiligung, eNewsletter 03/2015 Online: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/3_2015/nbb_beitrag_flieger-klemisch-radtke_151008.pdf (abgerufen 24.3.2016)
- Fürstenberg, Friedrich (1968): Ansatzpunkte einer Soziologie des Genossenschaftswesens. In: Weisser, Georg (Hg.): Genossenschaften und Genossenschaftsforschung: strukturelle und ablaufanalytische, historische und systematische Aspekte der Genossenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift zum 65. Geburtstag von Georg Draheim, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 42-51.
- Giegold, Sven/Embshoff, Dagmar (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. In: Giegold, Sven/Embshoff, Dagmar (Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, Hamburg: VS Verlag, S. 11-24.
- Görge, Benjamin/Wendt, Björn (2015): Nachhaltigkeit als Fortschritt denken. Grundrisse einer soziologisch fundierten Nachhaltigkeitsforschung. In: Soziologie und Nachhaltigkeit. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung, Ausgabe 1/2015, 1. Jahrgang.
- Helmholtz Zentrum für Umweltforschung – UFZ (2015): Ergebnisse der EnGeno Mitgliederbefragung von Energiegenossenschaften. Online: http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/fileadmin/user_upload/downloads/EnGeno_Brosch%C3%BCre_Mitgliederbefragung.pdf (11.04.2016).
- Hettlage, Robert (1979): Genossenschaftstheorie und Partizipationsdiskussion, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hettlage, Robert (1981): Genossenschaftssoziologie. Ein verdrängter Ansatz wirtschaftssoziologischer Forschung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 31/1981., S. 279-295.
- Hettlage, Robert (1990): Solidarität und „Kooperationsgeist“ in genossenschaftlichen Unternehmungen, in: Arbeitskreis für Kooperation und Partizipation (Hg.): Kooperatives Management, Baden-Baden, Nomos Verlag, S.123-152.
- Herbes, Carsten/Brummer, Vasco/Gericke, Naomi (2015): Bürger-Energiegenossenschaften – Konflikte erfolgreich identifizieren und handhaben – Workshop Material für Vorstände und Aufsichtsräte von Bürger-Energiegenossenschaften Mainz. Online: http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/fileadmin/user_upload/Newsletter-Anhaenge/2015_5_Newsletter_Dez/BENERKON_Workshop_20_11_15_Mainz_Kurzversion.pdf (11.04.2016).
- Kaesler, Dirk (2010): Vorwort des Herausgebers. In: Weber, Max (2010): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Vollständige Ausgabe. Herausgegeben und eingeleitet von Dirk Kaesler, München: C.H. Beck, S. 7-24.
- Kerber-Clasen, Stefan (2012): Produktivgenossenschaften und solidarische Ökonomie als forschungs- und Praxisfeld. In WSI-Mitteilungen 4/2012, S. 281-288.
- Klemisch, Herbert/Boddenberg, Moritz (2016): Genossenschaftliche Prosumermodelle. In: Bala, Christian/Schuldzinski, Wolfgang (Hg.): Prosuming und Sharing – neuer sozialer Konsum. Aspekte kollaborativer Formen von Konsumtion und Produktion, Düsseldorf: Verbraucherzentrale NRW, S. 153-172.
- Klemisch, Herbert/Boddenberg, Moritz (2013): Energiegenossenschaften und die

Rekommunalisierung als Elemente Energie-wirtschaftlicher Umbaumodelle, in: Brazda, Johann u.a. (Hg.); Genossenschaften im Fokus einer neuen Wirtschaftspolitik, S. 925-944.

Klemisch, Herbert/Boddenberg, Moritz (2012): Zur Lage der Genossenschaften – tatsächliche Renaissance oder Wunschdenken. In: WSI Mitteilungen 8/2012, S. 570-580.

Klemisch, Herbert/Vogt, Walter (2012): Genossenschaften und ihre Potenziale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise. In: WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Klemisch, Herbert (2014): Energiegenossenschaften als regionale Antwort auf den Klimawandel, In: Schröder, Carolin/Walk, Heike (Hg.) Genossenschaften und Klimaschutz, Wiesbaden: Springer VS, S. 149-166.

Klemisch, Herbert (2012): Energiegenossenschaften – Rekommunalisierung der Energiewirtschaft. In: Alternative Kommunalpolitik (akp) 4/2012. 48-53.

Mautz, Rüdiger/Rosenbaum, Wolf (2012): Der deutsche Stromsektor im Spannungsfeld energiewirtschaftlicher Umbaumodelle. In: WSI-Mitteilungen 2/2012, S. 85-93.

Müller, Jakob R./Holstenkamp, Lars (2015): Zum Stand von Energiegenossenschaften in Deutschland, Lüneburg: Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht, Nummer 20. Online: https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/downloads/Studien/Studie_Zum_Stand_von_Energiegenossenschaften_in_Deutschland_Leuphana.pdf (11.04.2016).

Müller, Jakob R./Dorniok, Daniel/Flieger, Burghard et al.(2015): Energiegenossenschaften – das Erfolgsmodell braucht neue Dynamik. In: GAIA 2/2015, S. 96-101.

Oppenheimer, Franz (1896): Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Leipzig: Duncker & Humblot.

Opielka, Michael (2016); Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht. In: Soziologie, 45. Jg. Heft 1.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München: oekom.

Radtke, Jörg (2016): Bürgerenergie in Deutschland – Partizipation zwischen Gemeinwohl und Rendite, Wiesbaden: Springer VS.

Reichel, Richard (2012): Sind Genossenschaften die besseren Kapitalisten? Online: <http://www.fes.de/wiso/pdf/mittelstand/2012/300312/reichel.pdf> (03.03.2016).

Rifkin, Jeremy (2014): Die Null Grenzkosten Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Rosa, Hartmut (2014): Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.): Soziologie-Kapitalismus-Kritik. Eine Debatte, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Runkel, Gunter (2003): Genossenschaft, Repräsentation und Partizipation, Münster/Hamburg/Londen: Lit Verlag.

Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2010): Postwachstumsgesellschaft, Marburg: Metropolis Verlag.

Schimank, Uwe (2013): Gesellschaft, Bielefeld: Transkript Verlag.

Thürling, Marleen(2014): Genossenschaften im Dritten Sektor: Situation, Potentiale und Grenzen (Discussion Paper), Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.

- Toffler, Alvin W. (1983): Die dritte Welle. Zukunftschance. Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. München: Goldmann Sachbuch.
- trend:researchGmbH/Leuphana Universität Lüneburg (2013): Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland, Bremen/Lüneburg
- UN (1992): Report of the United Nations Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro, New York: United Nations.
- Urban, Hans-Jürgen (2011): Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts. In: Meine, Hartmut/ Schumann, Michael/ Urban, Hans-Jürgen(Hg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!. Hamburg, VSA-Verlag. S. 42-67.
- Voß, Günter G. /Kerstin Rieder (2006): Der arbeitende Kunde. Wenn Konsumenten zu unbezahlten Mitarbeitern werden. Frankfurt am Main: Campus.
- Weber, Max (2010) [1904]: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Vollständige Ausgabe. Herausgegeben und eingeleitet von Dirk Kaesler, München: C.H. Beck.
- Weber, Max (1976) [1921/22): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der Verstehenden Soziologie. Studienausgabe, 5. Auflage, Tübingen: Mohr.
- Willersinn, Christian/Laven Pamela/Doluschitz, Reiner (2015): Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum, In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen (ZfgG), 65 Bd. 1/2015, S. 41-58.